



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 28. November 2016
(OR. en)

14363/16

SOC 701
EMPL 480
ECOFIN 1035
EDUC 373

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Europäisches Semester 2017

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes für den Gedankenaustausch über das Paket des Europäischen Semesters 2017 auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 8. Dezember 2016.

Europäisches Semester 2017

**Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
am 8. Dezember 2016**

Hintergrundvermerk des Vorsitzes

In einem globalen Kontext können zunehmende politische Unsicherheit, geringes Wachstum und schwächere Handelsströme die Vorboten schwieriger wirtschaftlicher Entwicklungen sein. Die europäische Wirtschaft hat sich bislang als relativ widerstandsfähig erwiesen, doch ist der Aufschwung noch fragil. Nur ein konstant nachhaltiges, integratives und beschäftigungsintensives Wachstum wird einen fortgesetzten Rückgang der Arbeitslosenzahlen ermöglichen. Eine weitere Senkung der Zahl der Menschen, die keine Arbeit und kein für die Deckung ihres Lebensunterhalts ausreichendes Einkommen haben, ist Grundvoraussetzung dafür, dass die EU und die Mitgliedstaaten den von ihnen geschürten Erwartungen der Menschen – ob arbeitslos oder nicht – gerecht werden und erreichen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Frustrationen vieler Europäer nicht noch länger anhalten. Dies ist unerlässlich, um dem Projekt Europa neuen Schwung zu verleihen. Innerhalb der Union sollte eine gestärkte Wirtschafts- und Währungsunion daher außerdem auch eine integrative WWU sein, in der die beschäftigungs- und sozialpolitischen Auswirkungen der Reformen gebührend berücksichtigt werden.

Bei der beschäftigungs- und sozialpolitischen Lage in der EU ist allmählich eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Beschäftigungsquote liegt wieder über dem Niveau von 2008. Die Arbeitslosenquote ist weiter auf derzeit 8,5 % in der EU-28 und 10 % im Euro-Währungsgebiet zurückgegangen (Stand September 2016). Nach wie vor stehen jedoch große Herausforderungen an. Wachsende Ungleichheiten müssen angegangen werden, und es sind konkrete Maßnahmen erforderlich, damit die Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen nicht noch größer wird. Die Jugend- und Langzeitarbeitslosenquoten gehen zwar zurück, sind in einigen Regionen und Mitgliedstaaten jedoch immer noch sehr hoch. Nach wie vor bestehen große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Beschäftigung und ein erhebliches Lohngefälle zwischen den Geschlechtern. Für die Integration von Zuwanderern und anderen ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft sind in den kommenden Jahren noch mehr maßgeschneiderte politische Anstrengungen erforderlich. Diese Herausforderungen müssen ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt werden, um eine bessere Nutzung des Humankapitals zu erreichen und Verbesserungen bei der Beschäftigungslage und den sozialen Bedingungen zu erreichen.

Die Kommission schlägt im Jahreswachstumsbericht vor, die Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit, die Fortsetzung von Strukturreformen und die Sicherstellung verantwortungsvoller Haushaltspolitik als wichtigste Prioritäten beizubehalten. Ferner soll ein positiver fiskalischer Kurs für das Euro-Währungsgebiet angestrebt werden, um auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu unterstützen. Bei der Wirtschafts-, der Beschäftigungs- und der Sozialpolitik sollte der Schwerpunkt stärker auf die Unterstützung eines langfristigen nachhaltigen und integrativen Wachstums gelegt werden, das Arbeitsplätze schafft. Unter Umständen können Anpassungen der politischen Maßnahmen erforderlich sein, um dies zu erreichen.

Die jüngsten wirtschaftlichen Prognosen deuten auf ein moderates Wachstum hin, das mit einer weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen einhergehen dürfte. Von entscheidender Bedeutung für die europäischen Bürger ist, ob diese bescheidenen Wachstumsaussichten ausreichen, um die anhaltenden negativen beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen der Krise zu überwinden. Besonderes Augenmerk ist insbesondere auf die hohen Armutsraten, die soziale Ausgrenzung und die soziale Lage im Allgemeinen – Punkte, bei denen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bestehen – zu richten. Weit verbreitete und anhaltende Ungleichheiten geben nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit Anlass zur Sorge, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht, da sie zu einer unzureichenden Nutzung von Humankapital und Investitionen führen.

Daher muss diesen Herausforderungen mit politischen Strategien und Maßnahmen im Rahmen eines umfassenden Konzepts begegnet werden. Damit die Maßnahmen der Mitgliedstaaten spürbar Wirkung zeigen können, müssen sie sich auf verschiedene Bereiche erstrecken, einschließlich der Steuer- und Sozialleistungssysteme und der Bereiche Bildung und Qualifizierung, Gesundheitsversorgung sowie Lohnpolitik, in denen die Sozialpartner eine zentrale Rolle zu spielen haben. Des Weiteren müssen die Systeme und Einrichtungen funktionsgerecht gestaltet sein, um adäquat gegen Ungleichheiten, soziale Ausgrenzung und Armut vorgehen zu können.

In Anbetracht der Tatsache, dass die ohnehin nur verhaltene Wachstumsentwicklung durch externe Faktoren – insbesondere die derzeitige weltweite wirtschaftliche und politische Unsicherheit – weiter beeinträchtigt werden kann, sind nachhaltige und entschlossene politische Maßnahmen erforderlich.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, ihre Standpunkte zu den wichtigsten Elementen des Wirtschaftspakets der Kommission für 2017 darzulegen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den gemeinsamen Zielen im Rahmen der EU/WWU liegen sollte.